

denen Aspekte der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen regionalen Zusammenarbeit in Südasien vor allem im Rahmen der 'South Asia Association of Regional Cooperation' (SAARC). Detaillierte Informationen zum Seminarablauf und den Inhalten können angefordert werden beim AASF: Fax: 0551-377065.

Deutsch-indische Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Die deutsch-indische Entwicklungszusammenarbeit befindet sich derzeit im Wandel. Zu dieser Erkenntnis gelangten Indienexperten und Wirtschaftsfachleute während eines Wochenendseminars über Inhalte, Defizite und Perspektiven der deutsch-indischen Entwicklungszusammenarbeit, das kürzlich in Mülheim an der Ruhr stattfand.

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zwischen Indien und Deutschland nimmt jeweils eine relativ bedeutende Stellung ein: Indien ist der größte Empfänger deutscher Entwicklungshilfe, Deutschland die zweitgrößte Geberration in Indien. Im Jahr 1995 belaufen sich die Bonner Gelder für finanzielle Zusammenarbeit auf 300 Millionen DM. Hinzu kommen weitere 40 Millionen für die technische Zusammenarbeit und 60 Millionen zur Förderung von Projekten deutscher Nichtregierungsorganisationen in Indien. Die Gesamtzusammenwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr jedoch zurückgegangen.

Neben dieser staatlichen Entwicklungshilfe wurden 1994 Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft in Indien in Höhe von 284,7 Millionen DM genehmigt. Allerdings wurden nur 98 Millionen DM tatsächlich investiert. Beim Vergleich dieser Zahlen mit den gesamten Aufwendungen in Indien ergab sich eine kontroverse Diskussion zwischen deutschen Teilnehmern und in Deutschland lebenden Indern. So beträgt laut Heinrich Dehn, Indienreferent des BMZ, die staatliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik nur 0,6 Prozent der gesamten indischen Entwicklungsinvestitionen. Demgegenüber machen die Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft, laut Ingrid Ankirchner, Siemens-Sprecherin, nur etwa sechs Prozent aller Auslandsinvestitionen in Indien aus. In Deutschland lebenden Indern hinterfragten daraufhin kritisch, weshalb Deutsche so wenig Entwicklungshilfe geben bzw. wenig investieren. "India is business, but business not as usual", war die Antwort von Frau Ankirchner. Die erforderliche Infrastruktur, politisch wie wirtschaftlich, läßt noch einiges zu wünschen übrig und erlaubt u.a. keine rasche Amortisierung von Investitionen. Als weitere Entwicklungshemmnisse wurden auch Protestbewegungen gegen ausländische Firmen wie Coca-Cola, McDonalds, und kommunalistische Unruhen in Indien genannt, die manche deutsche Investoren noch abwarten lassen. Rajan Malviya, Unternehmensberater u.a. für Volkswagen, Mercedes-Benz, Siemens-Nixdorf, setzte dem entgegen, daß es nicht auf "die Quantität des Geldes [...], sondern auf die Qualität der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit" ankommt.

Häufig sind auch die politischen Rahmenbedingungen ungünstig für die Bereitstellung sinnvoller Entwicklungsprojekte. So wurde auf den Wunsch der indischen Regierung nach deutscher Unterstützung für die Wasser- und Energieversorgung hingewiesen. Hierbei wurden aber strukturelle Diskrepanzen aufgedeckt, wenn einerseits die staatliche Subventionspolitik Industriebetrieben Rabatte von bis zu 35 Prozent auf die Energiepreise gewährt oder Wasser sogar ko-

stenlos abgibt, andererseits aber die ländliche Bevölkerung zunehmend für ihr Wasser bezahlen muß.

Die Soziologin Hildegard Scheu stellte auch die Angemessenheit des wachstumsorientierten, technokratischen Entwicklungskonzepts in Frage, da es einseitig die Produktion fördere, aber keine gerechte Verteilung gewährleistet: Nicht nur Wohlstand, sondern auch das Wohlbefinden des Einzelnen sei wichtig. Die Wirtschaftsreformen kommen demnach nur einem Viertel der Bevölkerung zugute, während die restlichen drei Viertel, die ländliche Bevölkerung, daraus keinen Nutzen ziehen. Ihrer Lebensgrundlage, die Subsistenzwirtschaft, wird durch die Geldwirtschaft zunehmend die Basis entzogen. Die indische Regierung setzt die britisch-indische Praxis der Verstaatlichung und Privatisierung von Gemeindeland zugunsten der Industrialisierung fort und nimmt der ländlichen Bevölkerung ihre Kontrollrechte über das Land. Ein Resultat dieser Entwicklung ist zudem die immer stärkere Arbeitsbelastung für Frauen auf dem Land.

Ein wichtiger Aspekt der Diskussion war die Behinderung effizienter Arbeit durch korrupte Bürokraten, Verwaltungszentralisierung und übermäßige Verwaltungsregulierung. Das bringe die deutschen Investoren um ihre Wettbewerbsfähigkeit und hemme ihr Engagement. Gegenüber der deutschen Entwicklungshilfe wurde eine mangelnde Koordination beklagt. So arbeiten Projekte verschiedener deutscher Träger, wie z.B. der Bundesregierung, Privatwirtschaft, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, politische Stiftungen häufig unvernetzt nebeneinander her. Zusätzlich wurde eine unabhängige Evaluierung der deutsch-indischen Entwicklungszusammenarbeit gefordert, um mehr über die tatsächlichen Folgen der Entwicklungshilfe in Indien zu erfahren. In diesem Kontext wurde von der Gutachterin Vatsala Aital vermerkt, daß zwei Drittel der Absolventen des, mit deutscher Entwicklungshilfe finanzierten, 'Indian Institute of Technology' in Madras in die USA auswandere. Hier erreicht die Entwicklungshilfe offensichtlich keine positiven Effekte für Indien!

Indien gehört sowohl zu den Schwellenländern als auch zu den ärmsten Ländern der Welt. Mittlerweile hat die Bundesregierung ihre Strategie geändert und verlagert ihre Aktivitäten, teilweise auch gegen den Wunsch der indischen Regierung, verstärkt vom modernen, gewerblichen auf soziale und Umweltbereiche, um die ländliche Bevölkerung gezielter zu fördern. Sie hat inzwischen ihren strategischen Fehler der 'Projektgebundenheit' eingesehen, da mit Maßnahmen wie 'Stahlwerk Rourkela', 'Braunkohlekombinat Neyveli' etc. keine strukturellen Effekte in Indien erzielt wurden. Die neue Konzeption sieht nun vor, sich an sektorübergreifenden Programmen zu Erosions- und Forstschutz, Basisesundheitsdiensten, Familienplanung, sozialem Wohnungsbau, Berufsausbildung oder Frauenförderung zu beteiligen. Außerdem wird versucht, die indischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen zunehmend miteinzubeziehen, da diese der Projektbevölkerung meist näher stehen.

Als neue Aufgabe für die Privatwirtschaft führte Ingrid Ankirchner an, daß sie das in Indien nunmehr bestehende hohe Bildungspotential nutzen müsse, statt wie bislang Indern überwiegend nur für einfache Tätigkeiten einzustellen. Den ausländischen Investoren bliebe dann nur noch die Aufgabe "Qualitätskontrolle". Die Botschaft an die Investoren war "sich einzupassen" und nicht anzupassen. Da

wegen des wachsenden Marktes kein Weg an Indien vorbeiführt, müßten die Investoren die Eigenständigkeit der indischen Kultur, Politik und Gesellschaft akzeptieren und Verstehen lernen. Der Menschenrechtler Frank Braßel meinte dazu, daß eine solche Eigenständigkeit Indiens die Notwendigkeit für eine Indien-Solidaritätsbewegung in Deutschland überflüssig macht. Rajan Malviya fügte hinzu, daß "eine aufgeklärte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indiens" verschiedenste Aspekte der Entwicklung sichern sowie eine gesellschaftliche Dynamik einleiten könnten. Die schon eingeleiteten Reformen zur Beseitigung der Kinderarbeit in der Teppichindustrie haben die deutsch-indische Entwicklungszusammenarbeit in neue Bahnen gelenkt. Hildegard Scheu warnte vor Investitionen im exportorientierten Cash Crop-Anbau mit Monokulturen, da sie einen hohen Einsatz an Düngemitteln und Pestiziden erfordern, die wiederum zur Verseuchung des Grundwassers und Auslaugung des Bodens führen.

Den indischen Vertretern wurde sowohl von Ingrid Ankirchner als auch vom Ökonom Hans Christoph Rieger vorgeschlagen, nicht mehr allein die westlichen Ansätze zu kopieren, sondern zu begreifen, daß das neoklassische Modell der Wirtschaft Indiens nicht bekommen wird. Indien müsse für sich ein neues Entwicklungsmodell finden, das eine soziale und umweltverträgliche Industrialisierung Indiens zuläßt. Das Nachahmen der westlichen Konsummuster würde Indien sonst schnell an Wachstumsgrenzen stoßen lassen: Mahatma Gandhi begreifen, war das Fazit. Die schon eingeleiteten Reformen der Dorfverwaltung, Panchayati-Raj, wurden gelobt, da sie die breite Beteiligung der Bevölkerung bei der Planung und Durchführung von Entwicklungsvorhaben ermöglichen. Filmbeiträge führten sehr eindrucksvoll Erfolge gut funktionierender Dorfverwaltungen vor Augen, die ohne ausländische Hilfe, aber mit staatlicher indischer Unterstützung erzielt wurden. Dabei wurden die bestehenden religiösen und kulturellen Strukturen gewahrt und zusätzlich auf Grundbildung, Aufklärung und medizinische Versorgung Wert gelegt.

Shashi Batra

Internationale Hindukusch-Forschung:

Die mittlerweile dritte "International Hindukush Cultural Conference" wurde vom 26. bis 30. August im nordpakistanischen Chitral abgehalten. Dies war die Fortsetzung eines Erfahrungsaustauschs zu Arbeiten aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, der 1970 in Kopenhagen begonnen und 1990 in Chitral wieder aufgegriffen wurde. Gleichzeitig erinnerten die Veranstalter an den 100. Jahrestag der Belagerung Chitrals durch britisches Militär 1895.

Diese Hochgebirgsregion auf dem "Dach der Welt" war über lange Perioden ein Angelpunkt der kolonialstrategischen Konfrontation zwischen Britisch-Indien und dem zaristischen Rußland. Auch in jüngster Zeit ist dieser Raum wegen seiner grenznahen Lage zum afghanischen Wakhan-Korridor sowie zu Tajikistan und den übrigen zentralasiatischen Republiken von hoher Bedeutung.

Doch wurden nicht nur Aspekte der Geschichte behandelt. Daneben waren auch lokale Kulturen und Traditionen sowie der aktuelle Transformations- oder Modernisierungsprozeß wichtige Themen der wissenschaftlichen Tagung. Die Schwerpunkte lagen allerdings bei Vorträgen zu Umweltstudien und den Kalash in Südchitral. Diese nicht-muslimische Bevölkerungs-

gruppe mit nur wenigen tausend Mitgliedern dürfte wohl die von Ethnologen bestuntersuchte Ethnie in Nordpakistan sein. Darüberhinaus werden sie aber auch als "primitives Naturvolk" touristisch vermarktet. In keinem offiziellen Prospekt oder Reiseführer darf ein Photo der Kalashfrauen mit ihren buntbestickten Kostümen fehlen. Die Diskussion in Chitral zeigte die verschiedensten Facetten ihrer heutigen Situation auf: - Probleme des Ethnotourismus, - Ansätze zu Sanftem Tourismus, - Selbstbestimmung und Partizipation der Kalash sowie - Probleme der islamischen Missionierung. Hierbei kamen nicht nur westliche Forscher zu Wort, vielmehr trugen auch Vertreter dieser Gruppe ihre Positionen vor.

Die internationale Beteiligung aus neun Ländern wurde dem Konferenztitel gerecht. Doch neben den Beiträgen internationaler Wissenschaftler, insbesondere aus Ethnologie, Geographie, Geschichte und Linguistik, beteiligten sich auch viele Forscher und Kulturschaffende aus dieser Region. Dabei ist anzumerken, daß deren Mehrheit dies ehrenamtlich und ohne Stipendien oder andere im "Westen" übliche Forschungsunterstützung unternimmt. Ebenso ehrenamtlich wurde die Konferenz vom lokalen Kulturverein, 'Anjuman-e-Taraqqi-e-Khowar', vorbereitet. Sie fanden allerdings eine breite Unterstützung bei der lokalen Verwaltung, Händlern, Politikern und Entwicklungshilfeprojekten. Jeden Abend wurden die Konferenzteilnehmer von immer neuen Sponsoren zu Buffets und Musikveranstaltungen eingeladen. Darüberhinaus wurden die Vortragsveranstaltungen immer wieder von zahlreichen interessierten Chitralis besucht. Somit hob sich diese Konferenz wohltuend von der häufigen "Quarantäne" wissenschaftlicher Tagungen ab.

Wie schon die Vorgängerkonferenz von 1990 fand auch diese Veranstaltung ihren Abschluß in einer Resolution an die pakistanische Regierung und an die internationale Gebergemeinschaft. Diese wurden aufgefordert, die erforderlichen Mittel für eine systematische Forschungsarbeit in der Hindukusch-Karakorum-Region bereitzustellen. Hiermit soll die Grundlage geschaffen werden für Dokumentation und Erhalt der materiellen und sozialen Kultur sowie die Unterstützung einer sozial- und umweltverträglichen Entwicklung dieser Region. Die vorangegangene Resolution von 1990 blieb bislang allerdings ohne konkrete Auswirkungen. Aus diesem Grund wurde die Gründung eines internationalen Fördervereins, 'International Association for Hindukush Studies', beschlossen. Diese Vereinigung soll vor Ort die Verhandlungen und Vorbereitungen zu einem 'Hindukush Research Centre' durchführen und dieses später unterhalten. In diesem Zentrum sollen lokale und ausländische Forscher eine Anlaufstelle mit Bibliothek und Archiv, sowie später auch einem Museum, geboten werden. Darüberhinaus ist geplant, dort Fortbildungsangebote für Lehrer der Region anzubieten. Mit diesem Projekt soll dem häufig beklagten Mißstand entgegengewirkt werden, daß Informationen und Forschungsergebnisse meist nur im Ausland publiziert werden und vor Ort nicht verfügbar sind.

Der örtlich zuständige Deputy Commissioner stellte für dieses Zentrum noch vor Abschluß der Konferenz ein Grundstück mit Gebäude in Aussicht. Somit besteht nun die begründete Hoffnung, daß diese ehrgeizigen Pläne realisiert werden können. Im Jahr 2000 soll die vierte Hindukusch Konferenz in diesem Institut stattfinden).

Jürgen Clemens